

Edition Rechtsextremismus

Jan Schedler · Sabine Achour
Gabi Elverich · Annemarie Jordan *Hrsg.*

Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung



Springer VS

Edition Rechtsextremismus

Reihe herausgegeben von

Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf, Düsseldorf
Nordrhein-Westfalen, Deutschland

Alexander Häusler, Hochschule Düsseldorf, Düsseldorf
Nordrhein-Westfalen, Deutschland

Die „Edition Rechtsextremismus“ versammelt innovative und nachhaltige Beiträge zu Erscheinungsformen der extremen Rechten als politisches, soziales und kulturelles Phänomen. Ziel der Edition ist die Konsolidierung und Weiterentwicklung sozial- und politikwissenschaftlicher Forschungsansätze, die die extreme Rechte in historischen und aktuellen Erscheinungsformen sowie deren gesellschaftlichen Kontext zum Gegenstand haben. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei transnationalen Entwicklungen in Europa.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12738>

Jan Schedler · Sabine Achour ·
Gabi Elverich · Annemarie Jordan
(Hrsg.)

Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung

 Springer VS

Hrsg.

Jan Schedler
Ruhr-Universität Bochum
Bochum, Deutschland

Sabine Achour
Freie Universität Berlin
Berlin, Deutschland

Gabi Elverich
Freie Universität Berlin
Berlin, Deutschland

Annemarie Jordan
Freie Universität Berlin
Berlin, Deutschland

ISSN 2625-9311

ISSN 2625-932X (electronic)

Edition Rechtsextremismus

ISBN 978-3-658-26422-2

ISBN 978-3-658-26423-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-26423-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Rechtsextremismus und Schule: Herausforderungen, Aufgaben und Perspektiven	1
Jan Schedler, Gabi Elverich, Sabine Achour und Annemarie Jordan	
Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Extreme Rechte, Rechtspopulismus, Neue Rechte? Eine notwendige Klärung für die politische Bildung	19
Jan Schedler	
Rechtsextremismus als Herausforderung für die Schule	41
Wilfried Schubarth, Saskia Niproschke, Juliane Ulbricht und Sebastian Wachs	
Schule und Rechtsextremismus?! Eine Diskurskritik	51
Nicolle Pfaff	
Rechtsextremismusprävention als Schulentwicklungsthema	63
Dorothea Schütze	
Was Schulen dazu beitragen können, Diskriminierung zu (ver-)lernen. Exemplarische Überlegungen zur schulischen Diskriminierung von Sinti und Roma	89
Albert Scherr	
Wider das Märchen von der Neutralität. Wie Schule mit der AfD umgehen sollte	99
Carsten Koschmieder und Julia Koschmieder	

Rechtsextremismus als Herausforderung für den Unterricht. Empirische Zugänge und didaktische Perspektiven	111
Sebastian Fischer	
„Aus meiner Sicht richtet er keinen Schaden an!“ – Schulforschung und Pädagog*innenkonzepte	121
Rico Behrens	
„Politische Bildung“ als Format der Prävention und die Bedeutung des Beutelsbacher Konsens.	131
Gudrun Heinrich	
Vom Heckerlied zum Sommermärchen – Rassismuskonstruktionen in rechter Musik im Wandel der Zeit	141
Christina Brüning	
Jugendstudien und „rechte“ Jugendliche – was sagt das zu Politik-Unterricht?	157
Sibylle Reinhardt	
„Der Islam“ im Fokus von rechts: Was heißt das für die Lehrkräftebildung?	169
Sabine Achour	
Dem Hass begegnen – Demokratielernen und Antidiskriminierung als Herausforderung für die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte	183
Benjamin Winkler-Saalfeld und Julia Wolrab	
„Wir brauchen mehr Lehrkräfte mit ‚Migrationshintergrund‘!“ Die kritische Reflexion einer politischen Forderung	193
Karim Fereidooni	

Herausgeber*innen- und Autor*innenverzeichnis

Über die Herausgeber*innen

Dr. Jan Schedler ist Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum und hat zur Radikalisierung des NSU promoviert. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Extreme Rechte, Soziale Bewegungen und Politische Bildung.

Prof. Dr. Sabine Achour ist Professorin für Politische Bildung und Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Fragen zu Migration, Diversität und Inklusion in der politischen Bildung und der Schule.

Dr. Gabi Elverich ist Lehrerin an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln und Lehrbeauftragte im Arbeitsbereich Politikdidaktik/Politische Bildung an der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Diskriminierungskritische Bildung und Rechtsextremismusprävention in der Schule, Frauen und Rechtsextremismus.

Annemarie Jordan ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politikdidaktik/Politische Bildung an der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Professionelle Wahrnehmung, Politische Urteils- und Handlungskompetenz, Sprachbildung in der Politischen Bildung.

Autor*innenverzeichnis

Prof. Dr. Sabine Achour Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Berlin, Deutschland

Prof. Dr. Rico Behrens Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt, Deutschland

Dr. Christina Brüning Institut für Geschichtsdidaktik und Public History, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Tübingen, Deutschland

Dr. Gabi Elverich Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Berlin, Deutschland

Prof. Dr. Karim Fereidooni Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Bochum, Deutschland

Dr. Sebastian Fischer Institut für Politikwissenschaft, Leibniz-Universität Hannover, Hannover, Deutschland

Dr. Gudrun Heinrich Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock, Rostock, Deutschland

Annemarie Jordan Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Berlin, Deutschland

Dr. Carsten Koschmieder Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland

Julia Koschmieder Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland

Saskia Niproschke, M.A., Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Prof. Dr. Nicole Pfaff Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Essen, Deutschland

Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt Martin-Luther-Universität Halle, Halle, Deutschland

Dr. Jan Schedler Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Bochum, Deutschland

Prof. Dr. Albert Scherr Institut für Soziologie, Pädagogische Hochschule Freiburg, Freiburg, Deutschland

Prof. Dr. Wilfried Schubarth Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Dorothea Schütze Berlin, Deutschland

Juliane Ulbricht Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Dr. Sebastian Wachs Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Benjamin Winkler-Saalfeld Sächsischer Förderpreis für Demokratie, Leipzig, Deutschland

Julia Wolrab Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Berlin, Deutschland



Rechtsextremismus und Schule: Herausforderungen, Aufgaben und Perspektiven

Jan Schedler, Gabi Elverich, Sabine Achour
und Annemarie Jordan

Als Ende 2016 die Idee zu diesem Buch entstand, zählten Rechtsextremismus und Rassismus zwar bereits zu den wichtigen politischen Fragen, doch die Dringlichkeit, eine Auseinandersetzung damit in Schule und Lehrkräftebildung offensiv einzufordern, hat sich seitdem massiv verschärft. Zum einen, weil im Zuge der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung rassistische und diskriminierende Positionen in einem neuen Maße sagbar geworden und als legitimes Urteil im Meinungsspektrum anerkannt worden sind, während parallel Widersprechende als Gegner*innen von Meinungsfreiheit diffamiert werden, sodass von einer Diskursverschiebung gesprochen werden muss, die die politische Bildung aufgreifen muss (vgl. Achour 2018, S. 44). Zum anderen war noch nicht abzusehen, dass die AfD stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag werden und in mehreren Bundesländern Hetzkampagnen starten würde, die den (bewusst missgedeuteten) Beutelsbacher Konsens als Waffe gegen die politische Bildung im Allgemeinen und insbesondere gegen Lehrer*innen nutzen, um damit an den Schulen Ver-

J. Schedler (✉)

Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Bochum, Deutschland

E-Mail: jan.schedler@rub.de

G. Elverich · S. Achour · A. Jordan

Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Berlin, Deutschland

E-Mail: gabi.elverich@fritz-karsen.de

S. Achour

E-Mail: sabine.achour@fu-berlin.de

A. Jordan

E-Mail: a.jordan@fu-berlin.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

J. Schedler et al. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Schule,*

Unterricht und Lehrkräftebildung, Edition Rechtsextremismus,

https://doi.org/10.1007/978-3-658-26423-9_1

unsicherungen zu bewirken. (vgl. Besand 2018a, Heinrich und Koschmieder/Koschmieder in diesem Band).

Mit ihrem öffentlichen Aufruf zur Denunziation von Lehrkräften und der drohenden Weitergabe von Informationen an die Aufsichtsbehörde versucht die Partei an den Schulen ebenso Angst zu verbreiten wie mit der Forderung nach Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrkräfte, die sich in der Schule kritisch mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen. Dies belastet das Handeln von Lehrkräften in komplexen Interaktionen, ein Verstummen und Vermeiden könnten die Folge sein sowie ein Erstarren der Interaktionen zwischen Schüler*innen und ihren Lehrkräften, das die Entwicklung der politischen Mündigkeit erschwert (vgl. Reinhardt 2019, S. 4). Wenn aber professionelle Souveränität durch Verunsicherung ersetzt wird, besteht die Gefahr, dass in vorauseilemdem Gehorsam auf anti-demokratische und menschenfeindliche Äußerungen gar nicht mehr reagiert wird (vgl. ebd.). Vermutlich ist genau dies das Ziel rechtspopulistischer und (extrem) rechter Parteien und Gruppierungen.

Dieser Tendenz wollen wir mit diesem Buch etwas entgegensetzen. Erstens, weil Schule einen bildungspolitischen Auftrag zur kontroversen Auseinandersetzung mit politischen, sozialen und ethischen Fragen hat und keinesfalls eine neutrale, unpolitische Haltung fördern soll. Denn entgegen der Argumentation der AfD hat die Kontroversität politischer Bildung durchaus Grenzen: es geht schließlich um die Vermittlung pluralistischer, demokratischer und menschenrechtsorientierter Haltungen und Werte (vgl. Besand 2018a). Das Handeln von Lehrkräften in der und für die Demokratie hat dementsprechend grundsätzlich normativ entschiedenes Handeln zu sein (vgl. Reinhardt 2019, S. 4). Nicht Lehrkräfte, die sich klar gegen Rassismus und pro Menschenrechte positionieren, handeln wider das Gesetz, sondern vielmehr jene mit indifferenter Haltung: „Lehrer dürfen gar nicht neutral sein. Sie sind durch das Schulgesetz und die Verfassung in Sachen Menschenrechte und Demokratie darauf festgelegt, grundrechtsklar gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und diskriminierende Positionen, wie sie die AfD laufend vertritt, aufzutreten. Insofern haben sie eine Pflicht zur demokratischen Parteilichkeit.“ (Edler 2018).

Dieses Buch will deshalb Lehrkräfte, Schulleitungen und auch die Hochschulen sowohl darin bestärken, Haltung zu zeigen, als auch entsprechende Positionen und Diskurse zum Thema zu machen. Denn der AfD und anderen extrem rechten Kräften, die Diffamierungen vorantreiben, geht es nicht allein darum, Lehrkräften mit beruflichen Konsequenzen und Nachteilen, hohem Aufwand für Abwehr und Rechtfertigung und auch psychischer Belastung zu drohen, sondern sie will grundsätzlich den Raum des Sagbaren zugunsten extrem rechter Positionen verschieben (vgl. Hedtke 2018).

Zweitens ist dieses Buch entstanden, weil die Schule neben Elternhaus, peer-groups und Wohnumfeld der Ort ist, an dem Kinder und Jugendliche in ihrer Biografie am stärksten geprägt werden. Schule als gesellschaftlicher Institution kommt daher eine Schlüsselfunktion in der politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus¹ zu, insbesondere in der Auseinandersetzung mit (antimuslimischem) Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus² sowie anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Schule bietet als Sozialisationsinstanz und Bildungseinrichtung die Möglichkeit, prosoziale Kompetenzen und Empathiefähigkeit zu stärken und bereits frühzeitig der Entwicklung menschenfeindlicher und intoleranter Einstellungen entgegenzuwirken. Schule ist aber nicht nur ein Lernort, der soziale und demokratische Handlungskompetenzen stärken kann, sondern auch ein Sozialraum, der in der von Migration geprägten Gesellschaft Prozesse der Ko-Kulturation fördern kann (vgl. Reinders et al. 2005). So nimmt mit dem Anteil von Jugendlichen ‚mit Migrationshintergrund‘ in einer Schulklasse auch die Wahrscheinlichkeit von Peer-Beziehungen zwischen diesen und Schüler*innen ohne ‚Migrationshintergrund‘ zu und diese Kontakte nehmen – durch steigenden schulischen Kontakt – von Generation zu Generation zu (vgl. ebd., S. 41).

Gleichzeitig finden auch in der Institution Schule rassistische Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse sowie andere Formen von Diskriminierungen statt. Rassistische, menschenfeindliche Äußerungen und extrem rechtes Gedankengut beschränken sich nicht auf Schüler*innen. Auch Eltern und Lehrkräfte können zum Problem werden.

¹Oft wird stattdessen von (Rechts)extremismusprävention gesprochen. Allerdings geht die Etablierung des Begriffs mit einer Verschiebung hin zu einem Sicherheitsdispositiv einher. Vgl. zur Kritik Achour und Gill 2019.

²Mit dem Begriff des Antiziganismus wird eine spezifische Form des Rassismus gegenüber sozialen Gruppen bezeichnet, die mit dem Stigma ‚Zigeuner‘ oder anderen verwandten Bezeichnungen belegt werden (vgl. Allianz gegen Antiziganismus 2017, S. 5). Der Terminus steht in der Kritik, weil er durch die Reproduktion des Wortelements ‚zigan‘ rassistische Sprache reproduziert. Zum Teil wird deshalb von ‚Rassismus gegen Sinti und Roma‘ gesprochen. Demgegenüber ist Antiziganismus jedoch ein präziserer Begriff, weil er zum einen nicht zwischen gesellschaftlichen ‚Zigeunerbildern‘ und Roma und Sinti unterscheidet und damit den projektiven Charakter dieser Zuschreibung verdeckt, zum anderen, da nicht nur Menschen, die sich als Roma und Sinti begreifen, von Antiziganismus betroffen sind (vgl. End 2014, S. 34).

Nicht zuletzt sind Schule, Unterricht und Lehrkräfte selbst Ziel politischer Arbeit der (extremen) Rechten³, wenn etwa vor Schulen Propaganda verteilt wird, wenn extrem rechte Schüler*innen entsprechende Positionen offensiv in den Unterricht einbringen oder wenn Lehrkräfte denunziert werden, die beispielsweise Rassismus oder Gefährdungen der Demokratie von rechts zum Thema machen.

Lehrer*innen sind jeden Tag mit Herausforderungen konfrontiert, auf die sie in der Regel jedoch nur unzureichend vorbereitet sind. Um etwa auf rechte und diskriminierende Äußerungen angemessen reagieren und ihnen alternative Deutungsangebote entgegensetzen zu können, bedarf es nicht nur einer geschärften Problemwahrnehmung, sondern auch entsprechender Handlungskompetenzen seitens der Lehrkräfte, die über die domänenspezifischen Kompetenzen ihrer Unterrichtsfächer hinausgehen. Gleichwohl steht die Qualifikationsfunktion von Schule im Vordergrund, der Schwerpunkt im Bildungssystem liegt auf dem Bestehen der Schüler*innen in Vergleichsarbeiten und Leistungstests. Im Schulalltag treten die Entwicklung sozialer und personaler Kompetenzen und damit die Sozialisationsfunktion gegenüber den Zwängen der Selektions- und Qualifikationsfunktion in den Hintergrund. Die Sozialisations- bzw. Integrationsfunktion der Schule (vgl. Fend 2006) verfolgt aber gerade das Ziel der gesellschaftlichen Inklusion und Teilhabe, der Reproduktion von Normen und Werten wie Toleranz und Solidarität und sucht den Erziehungsauftrag zu realisieren, wie er in den Schulgesetzen verankert ist. Dies erfordert Lehrkräfte, die sich dieses Teils ihres Bildungsauftrags bewusst sind und die nicht nur über deklaratives Wissen zu Abwertungs-, Ausgrenzung- und Diskriminierungsprozessen verfügen, sondern über eine Haltung und Professionskompetenz verfügen (vgl. Besand 2018c) und sowohl eigenes rassistusrelevantes Wissen als auch strukturellen Rassismus in schulischen Kontexten in ihrer Arbeit reflektieren.

Hier bedarf es dringend eines Wandels. Zu Recht hat der erste NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags in seinem Abschlussbericht festgehalten, dass die präventive Bildungsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus weiterentwickelt und gestärkt werden sollte (vgl. Deutscher Bundestag

³Extrem rechts ist eine Bezeichnung, die sich bewusst abgrenzt vom extremismustheoretisch konnotierten Rechtsextremismusbegriff und stattdessen eine bewegungstheoretische Perspektive einnimmt, die neben extrem rechten Akteur*innen bspw. auch politisch-institutionelle und kulturell-diskursive Gelegenheitsstrukturen in den Blick nimmt (vgl. dazu Schedler in diesem Band).

2013, S. 867). Dieser Auftrag ist nicht auf den Bereich der außerschulischen Bildung begrenzt, sondern impliziert auch die Institution Schule.⁴

In der Vergangenheit haben sich zwar vereinzelt Akteure aus Politik, Hochschule und Gewerkschaften des Themas „Rechtsextremismus und Schule“ angenommen. Aufgrund der Bildungshoheit der Länder fehlen aber bis heute ein bundesweiter Austausch und eine kritische Diskussion bestehender Konzepte, um neue Strategien zu entwickeln und dabei gezielt die Perspektiven von schulischer Praxis, Lehrkräftebildung und Wissenschaft zusammenzubringen. Dazu haben die Herausgeber*innen Ende 2016 mit finanzieller Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung eine bundesweite Tagung organisiert, auf der die Idee zu diesem Sammelband entstanden ist.

Während im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit und sozialen Arbeit (vgl. Baer et al. 2014; Bundschuh et al. 2012; Lehnert und Radvan 2016; Rieker 2009, 2013) in den letzten Jahren von praktischen Handreichungen bis hin zu wissenschaftlichen Publikationen eine ganze Reihe von Veröffentlichungen entstanden sind, ist das Thema Schule und Rechtsextremismus tatsächlich lange eine Leerstelle geblieben. Zwar sind vereinzelte Dissertationen zum Themenkomplex entstanden, etwa zu Schüler*innenvorstellungen von Rechtsextremismus (vgl. Fischer 2013), zum Umgang von Lehrkräften mit dem Phänomen (vgl. Behrens 2014) oder zu demokratischer Schulentwicklung als Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus (vgl. Elverich 2011). Es gibt auch einzelne Praxishandreichungen (vgl. Michalski und Oueslati 2016), aber bis zum Erscheinen der beiden Bände zum Thema „Diskriminierungskritische Schule“ (Foitzik und Hezel 2018; Foitzik und Holland-Cruz 2018) stammen die letzten Buchpublikationen, die sich mehr oder weniger explizit dem Thema Schule und Rechtsextremismus umfassender widmeten, aus den 1990er bzw. frühen 2000er Jahren (Schubarth und Melzer 1995; Krüger et al. 2002; Ahlheim 2003). Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren im Kontext der Auseinandersetzung mit Pegida und AfD vermehrt Beiträge in Fachpublikationen (vgl. Besand 2018a; Besand 2018b; May 2016; Schmitt 2018; Reinhardt 2017; Hempel et al. 2016; Fischer 2015; Fischer 2014; Reinhardt 2018; Wehr 2018) sowie Unterrichtsmaterialien (vgl. Behrens und Breuer 2017) erschienen, aber es fehlt für Wissenschaft wie Praxis ein aktueller Überblick über bestehende Strategien und Konzepte, verknüpft mit

⁴Es ist daher zu begrüßen, dass im neu aufgelegten Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Demokratieförderung im Bildungsbereich auch Projekte unterstützt werden, die gezielt Schulen einbinden.

konkreten Projekten und Erfahrungen und mit Blick auf die Entwicklung neuer Perspektiven.

Der vorliegende Band verfolgt dementsprechend das Ziel, arrivierten und angehenden Lehrkräften sowie Wissenschaftler*innen, aber auch außerschulischen Bildner*innen einen Einblick in das Thema Rechtsextremismus und Schule sowie Verweise auf praktische Handlungsperspektiven zu bieten. Es geht uns darum, eine Bestandsaufnahme schulischer Ansätze zur Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zu leisten, Leerstellen in Forschung und Praxis aufzuzeigen und Perspektiven zu formulieren. Ausgangspunkt unserer Überlegungen sind folgende.

Ansatzpunkte für die schulische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus

Die schulische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus...

- muss alle Beteiligten und die Institution Schule als Ganzes einbeziehen
- ist eine pädagogische und soziale Daueraufgabe, langfristige Schulentwicklungsarbeit sollte kurzfristige Projektstage-Strohfeuer ersetzen
- erfordert ein Selbstverständnis von Schule, das nicht neutral ist, sondern den Auftrag verfolgt, die Demokratie zu verteidigen und Kontroversität zu suchen
- verlangt deklaratives Wissen zu Rechtsextremismus von Lehrenden und Lernenden
- erfordert pädagogische Reflexivität in Bezug auf Diskriminierungsformen durch Lehrkräfte und auch Schüler*innen
- fängt nicht erst bei Rechtsextremismus als Spitze des Eisberges an, sondern thematisiert Grauzonen und fließende Übergänge zu anti-demokratischen Haltungen
- arbeitet sich nicht nur an ‚problematischen‘ Haltungen ab, sondern fördert gezielt die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenzen der Individuen
- beginnt mit dem Stärken/Empowern der individuellen Persönlichkeiten der Schüler*innen unter Anerkennung von gesellschaftlicher Diversität und Pluralismus
- basiert auf einer demokratischen und offenen Schulkultur, die Teilhabe erfahrbar macht
- bietet Vertrauensräume, um frühzeitig auf antidemokratische Identitätsangebote an Schüler*innen reagieren zu können.
- braucht Kooperationen mit der außerschulischen Bildung und anderen Akteuren

- kann nur durch die Reflexion konkreter Praxis gezielt verbessert und weiterentwickelt werden – u. a. mit Hilfe von außerschulischer, interdisziplinärer Expertise
- ist eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe, die durch qualitative Evaluationsforschung begleitet werden sollte

Ausgehend von diesen Problemen und Ansatzpunkten gliedert sich das Buch in drei Teile, die mit **1) Schule**, **2) Unterricht** und **3) Lehrkräftebildung** jeweils spezifische Felder fokussieren.

Schule

Die Institution Schule ist ein komplexes Gefüge mit vielen Spannungsfeldern und strukturellen Beharrlichkeiten. Nachhaltig erfolgversprechende Ansätze schulischer Rechtsextremismusprävention beziehen sich deshalb auf Schule als Ganzes. Als Beispiele sind hier Konzepte demokratischer oder inklusiver Schulentwicklung oder das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu nennen. Diese haben zum Ziel, Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung kontinuierlich im Schulalltag entgegenzutreten und auf eine Verbesserung des Schulklimas hinzuwirken. Begleitete Schulentwicklungsprozesse können dazu beitragen, bestehende Gestaltungsspielräume und schulische Anerkennungspotenziale stärker auszuschöpfen (Andrades et al. 2016) und politische Bildung zu Fragen der Einwanderungsgesellschaft als schulisches Grundprinzip wirksamer zu etablieren.

Den Alltag der Institution Schule in den Blick zu nehmen ist schon deshalb erforderlich, weil sich Diskriminierung auch in schulstrukturellen Ausgrenzungsmechanismen zeigen kann. Darüber hinaus ist das Auftreten menschenfeindlicher Äußerungen und extrem rechten Gedankenguts nicht auf die Schüler*innenebene beschränkt, sondern kann auch bei Eltern, Lehrkräften und anderen an der Schule tätigen Personen eine Herausforderung darstellen.

Der Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule erfordert die enge Kooperation mit der Schulsozialarbeit, mit außerschulischen Akteuren wie z. B. Jugendamt, Straßensozialarbeit, Jugendclubs, Vereinen und Initiativen sowie der Schulentwicklungsbegleitung und der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Im Bereich der längerfristigen Begleitung von Schulen und in der Bildung von Unterstützungsnetzwerken sind mittlerweile vielfältige Erfahrungen gesammelt worden, die Transfermöglichkeiten bieten, aber auch neue Fragen aufwerfen. Dazu zählen etwa Passungsprobleme, die unter anderem aus der unzureichenden Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen und Belastungen von Lehrer*innen innerhalb der Kooperationen, aber auch zeitlicher, finanzieller und

personeller Ressourcen der Institution Schule als Ganzes resultieren. Hier gilt es für die Zukunft verstärkt zu berücksichtigen, wie sich unterschiedliche professionelle Perspektiven und Kompetenzen gewinnbringend ergänzen und spezifische Anforderungen und Belastungen berücksichtigt werden können. Ein Beispiel, das bislang noch wenig Berücksichtigung findet in der Debatte und auch im Folgenden leider nicht weiter ausgeführt wird, ist die Rolle der Schulsozialarbeit im Kontext schulischer Rechtsextremismusprävention (vgl. Sigl und Köttig 2018).

Zu Beginn des vorliegenden Bandes gibt **Jan Schedler** einen Überblick über die zentralen Begriffe. Da im Themenfeld Rechtsextremismus eine Vielzahl zum Teil widersprüchlicher Termini genutzt werden und dies auch Auswirkungen auf die politische Bildungsarbeit hat, setzt er sich kritisch mit dem gängigen Rechtsextremismus-Begriff auseinander, diskutiert Alternativen und erklärt Spezifika und Implikationen weiterer Begriffe wie etwa dem des Rechtspopulismus.

In einem einführenden Beitrag zum Handlungsfeld Schule benennen anschließend **Wilfried Schubarth**, **Saskia Niproschke**, **Juliane Ulbricht** und **Sebastian Wachs** einzelne Dimensionen der Herausforderung Rechtsextremismus für die schulische Praxis. Sie verweisen dabei sowohl auf politische Einstellungen von Schüler*innen als auch die strukturellen Ambivalenzen der Institution Schule, unterscheiden zwischen direkten und indirekten Strategien des Umgangs mit Rechtsextremismus in der Schule und formulieren übergreifende Schlussfolgerungen.

Daran anknüpfend setzt sich **Nicolle Pfaff** kritisch mit Interpretationen des Rechtsextremismus als Jugendproblem und Ausdruck individueller „Pathologien“ auseinander. Sie kritisiert, dass in pädagogischen Institutionen durch die Reduktion von Rassismus auf rechtsextreme Gewalt dieser als ein zu bearbeitendes Problem der Klientel verstanden wird, während die Konfrontation mit rassistischen Zuschreibungen und Selektionspraktiken als Teil pädagogischer Arbeit weitgehend ausgeblendet würden.

Dorothea Schütze bezieht sich auf die strukturelle Dimension und stellt Rechtsextremismus als Schulentwicklungsthema in den Mittelpunkt ihres Beitrags. Anhand von Praxisbeispielen illustriert sie längerfristige Schulentwicklungsprozesse zu Themen wie Demokratieentwicklung und Diversity, zeigt deren Perspektiven auf, benennt aber auch Problemstellen schulischer Praxis wie fehlende Antidiskriminierungsarbeit und Defizite in der Lehrkräftebildung und der Entwicklung von Lehr-, Lernmethoden und Lehrmaterialien.

Albert Scherr greift dies auf, indem er am Beispiel von Sinti und Roma deutlich macht, wie wichtig ein wertschätzender und unterstützender Umgang mit Schüler*innen aus einer gesellschaftlichen Minderheit für den Erfolg von Bildungsbiografien sein kann. Ausgehend von einem Verständnis von

Menschenrechtsbildung, welche das Anti-Diskriminierungsprinzip ins Zentrum stellt, zeigt er auf, dass Schule dazu befähigen und motivieren kann, diskriminierende Unterscheidungen zu erkennen, zu kritisieren und als Grundlage des eigenen Denkens und Handelns abzulehnen.

Carsten und Julia Koschmieder thematisieren den Umgang von Schule mit der AfD und beleuchten dies über die aktuellen Beispiele der Meldeportale hinaus. Sie klären die rechtlichen und didaktischen Grundlagen für den Umgang mit Parteien und deren Positionen. Sie beleuchten vor diesem Hintergrund, warum Schulen und auch Lehrkräfte alles andere als neutral sein dürfen und mitnichten alle politischen Positionen gleichberechtigt behandelt werden sollten. Vielmehr sind sie einer pluralistischen Demokratie verpflichtet und setzen sich für diese ein. An Hand der Einladung von Parteivertreter*innen, der Rolle von Lehrkräften und der Auseinandersetzung mit der AfD im Politikunterricht zeigen sie praxisnah auf, wie Schule der AfD selbstbewusst begegnen kann.

Unterricht

In der Debatte um schulische Rechtsextremismusprävention wird die Unterrichtsebene vergleichsweise wenig beleuchtet. Dies ist umso erstaunlicher, als dass Unterricht das Kerngeschäft von Schule darstellt. Die am häufigsten umgesetzten Konzepte im schulischen Kontext sind Angebote im Bereich des fächerübergreifenden, projektbezogenen Lernens z. B. in Form von Projekttagen in Kooperation mit Trägern der außerschulischen Politischen Bildung.

Die Logik der Schule legt es jedoch nahe, auch den Fachunterricht im Allgemeinen stärker in den Blick zu nehmen und nicht nur im Politikunterricht nach konkreten Ansatzpunkten zur inhaltlichen Beschäftigung mit relevanten Fragestellungen des Themenbereiches zu suchen. Politische Bildung ist eine Querschnittsaufgabe der Schule, im Kontext der Rechtsextremismusprävention gilt es zu diskutieren, wie sich besonders Fragen der Migrationsgesellschaft auch in anderen Fächern anhand geeigneter Fragestellungen thematisieren lassen.

Nicht nur in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, in denen die Auseinandersetzung mit Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Gewalt, Ausgrenzung, Flucht und Asyl, Diskriminierung oder sozialer Benachteiligung teilweise im Rahmenlehrplan verankert ist, stehen Lehrkräfte vor vielfältigen Herausforderungen im Umgang mit diesen sensiblen Themen: Wie können z. B. rechte und menschenrechtsfeindliche Argumentationsmuster zu Globalisierung oder Migration sinnvoll aufgegriffen und dekonstruiert werden? Wie lässt sich das Überwältigungsverbot berücksichtigen, ohne in eine beliebige, ergebnisoffene Auseinandersetzung mit rechten, antidemokratischen und verfassungsfeindlichen

Positionen abzuleiten? Wie können Lehrkräfte argumentieren, ohne moralisierend zu wirken?

Sebastian Fischer skizziert in seinem Beitrag Ansatzpunkte für die Gestaltung von Unterricht, indem er Lernvoraussetzungen von Schüler*innen im Kontext des Rechtsextremismus und den Umgang von Lehrkräften mit dem Thema im Unterricht fokussiert. Er konstatiert am Beispiel eines Modellprojektes, dass die politische Dimension extrem rechter Aussagen unterschätzt und der eigenen Bewährung im Unterrichtsgeschehen Vorrang vor einer Auseinandersetzung mit ausgrenzenden Haltungen eingeräumt werde.

Rico Behrens nimmt die Reaktionen von Lehrkräften auf extrem rechtes Verhalten im Unterricht in den Blick und stellt am Beispiel eines Modellprojektes Handlungsperspektiven vor. Er identifiziert zunächst drei verschiedene Handlungsmuster der Auseinandersetzung und arbeitet bestimmte Rollen- und Professionsverständnisse heraus. Schließlich zeigt er auf, wie Lehrkräfte durch eine Kombination von Qualifizierung, Vernetzung und Supervision für diese Interaktionen gestärkt und die Schulkultur als Ganzes positiv beeinflusst werden kann.

Gudrun Heinrich hingegen problematisiert die Bedeutung des Beutelsbacher Konsens für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus im Politikunterricht. Da dessen Ziel die Ausbildung von Urteilsfähigkeit und Demokratiekompetenz sein müsse, dürfe der Beutelsbacher Konsens nicht im Sinne einer falsch verstandenen Neutralität fehlinterpretiert werden. Stattdessen stehe er für eine Verpflichtung zur Kontroversität, weshalb Schüler*innen auf eine Positionierung in gesellschaftlichen Kontroversen vorzubereiten seien und sie ihnen nicht vorenthalten werden dürften. Nichtsdestotrotz verlangten die Ziele des Faches gleichzeitig zwingend eine klare Bearbeitung antidemokratischer oder diskriminierender Aussagen von Schüler*innen.

Gegenüber diesen grundsätzlichen Überlegungen zeigt **Christina Brüning** am Beispiel rechter Musik auf, wie sich diese im Unterricht für eine Analyse der Anschlussfähigkeit von Rassismuskonzeptionen an gesellschaftspolitische Kontexte und Diskurse nutzen lässt.

Sibylle Reinhardt greift schließlich auf Basis empirischer Jugendstudien die Frage auf, was die politischen Einstellungen von Schüler*innen für den Politikunterricht bedeuten. Am Beispiel einer Fallstudie thematisiert sie Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Lehrkräftebildung

In der universitären Lehrkräfteausbildung werden Veranstaltungen zu Rechtsextremismus und Präventionsansätzen häufig besonders stark nachgefragt. Studierende empfinden den Umgang mit extrem rechten Erscheinungsformen und

menschenfeindlichen, diskriminierenden Äußerungen im Schulalltag als große Herausforderung und fühlen sich in der ersten Phase der Lehrkräfteausbildung unzureichend vorbereitet. Die Denunziationskampagnen der AfD dürften diesen Zustand verschärft haben, sind doch Lehrkräfte vielerorts verunsichert, was sie wie thematisieren und ob sich selbst positionieren dürfen.

Ob Rechtsextremismus, Rassismus und die Herausforderung des Rechtspopulismus in der Lehrkräftebildung thematisiert werden, hängt in der Regel davon ab, ob an den jeweiligen Universitäten fachwissenschaftliche Expertise vorhanden ist. Mancherorts bieten auch die Zentren für Lehrkräftebildung gezielt fächerübergreifende Fortbildungen an, zumeist in Kooperation mit einschlägigen Beratungseinrichtungen. Doch wenn Schule ihrem gesetzlich verankerten Bildungsauftrag auch in Hinblick auf soziale und demokratische Kompetenzen gerecht werden will, müssen angehende Lehrerinnen und Lehrer auch zur Auseinandersetzung mit Deutungsmustern und Handlungsstrategien der extremen Rechten qualifiziert werden. Davon kann bislang nicht ansatzweise gesprochen werden.

Die institutionalisierte Beschäftigung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themenfeldern wie z. B. Anti-Migrationsdiskurse, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Aus- und Weiterbildung kann dem gegenwärtigen Professionalisierungsdefizit entgegenwirken. Hierbei geht es nicht nur um die Vermittlung von Wissen über rechtsextreme Erscheinungsformen und rechtliche Grundlagen, sondern vor allem um die Förderung von Handlungskompetenz im Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen und Äußerungen. Dies umfasst auch die Anforderung, eigene Überzeugungen und Haltungen kritisch zu hinterfragen und neben Ansatzpunkten und Möglichkeiten des eigenen Handelns auch institutionelle und gesellschaftliche Widersprüche reflektieren und die Grenzen der Zuständigkeit und des eigenen Wirkens genauer definieren zu können. Für die Lehrkräftebildung lässt sich bei der „Demokratiebildung“ als Querschnittsaufgabe ein vergleichbares Fazit ziehen wie für die Institution Schule. Mit PISA, den damit neu formulierten und auch wichtigen Aufgaben wie Kompetenzorientierung, Sprachbildung und Inklusion, aber auch der Fokussierung auf bestimmte Fächergruppen ist die Bedeutung gesellschaftlicher Aufgaben und gesellschaftswissenschaftlicher Schwerpunkte reduziert worden. Die Verunsicherung vieler Lehrkräfte im Umgang mit den Meldeportalen und rechten Angriffen von außen ist auch ein Zeichen dafür, dass Demokratiekompetenzen für eine erfolgreiche Rechtsextremismusprävention in der Lehrkräfteaus- und – weiterbildung verankert werden müssen.

Wie lassen sich entsprechende fachwissenschaftliche Inhalte in Fächern wie Politik oder Sozialwissenschaft curricular verankern? Was gibt es darüber hin-